

Protokollauszug

46. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom
08.11.2016

TOP 3.10.1. Anträge der CDU-Fraktion

Herr Barkowsky stellt den Antrag der CDU-Fraktion auf Überprüfung der Organisation und des Personalbedarfs der Kreisverwaltung von einer außenstehenden Organisation vor. Dies sei als eine Hilfestellung zu sehen.

Frau Lessing erläutert, dass sie den Begriff „Sinnhaftigkeit“ im Antrag nicht angemessen fände und dass der Auftrag von einer auf Verwaltungen spezialisierten Firma ausgeführt werden müsse.

Herr Barkowsky erläutert, dass die Begrifflichkeiten „Sinnhaftigkeit“ und „Unternehmensberater“ auch ausgetauscht werden könnten.

Der Vorsitzende erklärt, dass dieser Auftrag nach dem Vergaberecht ausgeschrieben werden müsse.

Der Landrat erläutert, dass der Antrag in der jetzigen Formulierung als Misstrauenserklärung gegenüber der gesamten Verwaltung aufgefasst werden könne, die mündlichen Ausführungen jedoch klarer seien. Solch eine Untersuchung bringe immense Kosten, Unruhen und einen massiven Zeitaufwand mit sich. Er verschließe sich jedoch nicht grundsätzlich einer Überprüfung, schlägt aber vor, themenbezogene Prüfungen von Teilgebieten vorzunehmen, um einer „Betriebsblindheit“ entgegenzuwirken.

Herr Falck erklärt, dass eine vergleichbare Untersuchung in den 1990er Jahren trotz der Intensität der Untersuchungen (zeitlich sowie finanziell) im Ergebnis nicht geholfen habe. Es hätte nur Verbesserungsvorschläge zu einzelnen Arbeitsabläufen gegeben, jedoch keine Gesamtlösung.

Herr Barkowsky erläutert, dass sich solch eine Untersuchung in Kaltenkirchen beispielsweise gelohnt habe. Die Arbeiten hätten ein dreiviertel Jahr gedauert und im Ergebnis sei mehr Personal eingestellt worden.

Er erklärt, dass er einen neu formulierten Antrag zur nächsten Hauptausschusssitzung vorbereiten würde.

Herr Barkowsky stellt den zweiten Antrag der CDU-Fraktion zu einem Infrastrukturförderprogramm vor.

Herr Hansen erklärt, dass er das Vorgehen der CDU-Fraktion nicht begrüße, da es so keinen Rückhalt der anderen Fraktionen gebe. Er erläutert, dass das Einrichten eines Arbeitskreises sinnvoll sei, in dem offen über Vorgehensweisen diskutiert werden könnten.

Frau Grote erläutert, dass man junge Leute im Kreis halten müsse und in dieser Hinsicht in den nächsten drei bis vier Jahren mithilfe einer externen Firma etwas unternommen werden müsse, ansonsten gebe es keine langfristige Perspektive für den Kreis.

Die Beschlussfassung wird ebenfalls auf den 01.12.2016 vertagt.

Anlage 1 2016.11.08 Antrag Personal

Anlage 2 2016.11.08. Antrag Programm Segeberg 95

CDU Fraktion

im Kreistag Segeberg
Fraktionsvorsitzende
Kurt Barkowsky



Bad Segeberg, den 08.11.2016

Die CDU-Fraktion beantragt:

Der Hauptausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt:

Die Organisation der Kreisverwaltung auf Sinnhaftigkeit und Effizienz und den Personalbedarf für die Verwaltung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Rahmenvorgaben für den öffentlichen Dienst durch eine außenstehende Organisation überprüfen zu lassen.

Die dafür erforderlichen Mittel sind im HH 2017 einzustellen.

Begründung:

- Die letzte externe Prüfung hat vor ca. 30 Jahren durch die WIBERA stattgefunden.
- Nach einer zunächst durchgeführten Verschlinkung der Verwaltungsorganisation durch Streichung eines FB kommt zum 1.1.2017 durch die Wiedereingliederung der ISE ein neuer FB hinzu.
Es stellt sich die Frage, ob die dann aktuelle Organisation zweckmäßig aber auch ausreichend durchdacht ist.
- In den vergangenen Jahren hat es enorme Personalzuwächse gegeben, die teilweise mit hoher Überstundenzahl, mit Belastungsanzeigen aber auch mit gesetzlichen Notwendigkeiten begründet wurden.
Im vorgelegten HH-Entwurf werden erneut viele neue Stellen gefordert, obwohl lt. Vorliegenden Berichten allein im Jugendamt und FB III insgesamt über 15 im HH 2016 genehmigte Stellen nicht besetzt sind.
Somit fehlt also ein Überblick über die möglichen Leistungen der Verwaltung bei Vollbesetzung aller Stellen.
- Neue Stellen werden mit teilweise nicht nachvollziehbaren

Gründen gefordert. So hat die Politik dem LR drei sogenannte „Springerstellen“ zur Verfügung gestellt, um flexibel auf Personalengpässe reagieren zu können. Über deren Einsatz ist nichts weiter bekannt.

- Bekannt aber sind erhebliche Überprüfungsängel im Bereich der Heimaufsicht und im Bereich der Personalentwicklung. Lt. Vorlage ist die Stelleninhaberin nicht mit der ihr zugedachten Aufgabe sondern mit anderen beschäftigt. Eine Abhilfe durch vorübergehenden Einsatz eines Springers ist nicht gesucht worden.
- Bei der Schaffung der Stelle Personalentwicklung hat sich die Politik lange schwer getan, deren Notwendigkeit zu akzeptieren.
- Mit dem aus der DRS 2016/231 beschriebenen zweckentfremdeten Einsatz hat die Verwaltung zu erkennen gegeben, dass die Zweifel der Politik berechtigt waren und es sich lediglich um eine heimliche Verstärkung der Personalabteilung handelte.
- Die in den Vorlagen enthaltenen Begründungen, dass die Notwendigkeit der neuen Stellen durch die hauseigene Orga-Abteilung geprüft und bestätigt wurde sind nachvollziehbar. Dessen ungeachtet verbleibt die ausgesprochene bzw. unausgesprochene Aussage, dass ein anderes Ergebnis bei einer internen Prüfung auch nicht zu erwarten wäre.
- Es stellt sich natürlich einerseits die Effizienzfrage durch eine solche Prüfung hinsichtlich des Kostenaufwandes und möglicher Einsparungen, andererseits dient sie auch dem Schutz der Mitarbeiter vor wiederholt geäußerten Zweifeln an der als notwendig angesehenen Personalausstattung, die immer noch zu gering sein kann
- Wir zeigen gegenüber den Kommunen damit auf (Kreisumlage!), dass angesichts des enormen und offenbar dauerhaften Wachstums der Verwaltung und der vielen Restrukturierung die Politik eine vertrauensbildende Maßnahme als erforderlich ansieht. Sie ist alleine kaum in der Lage, all die Forderungen mit den von aufgezeigten Missständen (inkl. Auswirkungen der Demographie) in Einklang zu bringen. Daher kann eine Prüfung von neutraler, dritter Seite, d.h. ohne die Verwaltung eine Bestätigung bringen, dass alle Forderungen berechtigt sind und wir auf dem richtigen Kurs sind.
- Eine solche Prüfung hat keine Auswirkungen auf den HH 2017 sondern frühestens auf den HH 2018.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Barkowsky
CDU Fraktion

CDU Fraktion

im Kreistag Segeberg
Fraktionsvorsitzende
Kurt Barkowsky



Bad Segeberg, den 08.11.2016

Antrag der CDU Fraktion zu einem Infrastrukturförderprogramm Kreis Segeberg 95.0

Die Fraktion der CDU im Kreistag Segeberg beantragt,
der Hauptausschuss empfiehlt
Der Kreistag beschließt:

Bis zu 100.000,- € in den Haushalt 2017 für die Beauftragung einer Unternehmensberatung zur Erstellung eines Infrastrukturförderprogramms Kreis Segeberg 95.0 einzuplanen

Begründung:

Der Kreis beabsichtigt nachstehende Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Kreisgebietes zu planen und zu tätigen:

1. Das Radwegenetz des Kreises ist mit einer Hauptachse von Norden nach Süden zu überplanen. Dabei sind u.a. Abzweige zu Sammelpunkten des ÖPNV einzurichten, Radparkhäuser sollen ebenso vorgesehen werden wie Anschlussmöglichkeiten für E – Tankstellen.
2. Es soll geprüft werden, wie und wo entlang der Hauptverkehrswege des Kreises E – Tankstellen eingerichtet werden können.
3. Es soll geprüft werden, wie ein flächendeckendes WLAN – Netz im Kreis eingerichtet werden kann. Dabei sind die Möglichkeiten des Freifunks mit zu prüfen. Ziel soll es sein, eine WLAN-Glocke über dem Kreisgebiet zu installieren.
4. Die Unternehmensberatung soll das Vorhaben „charakterisieren“ die Machbarkeits-/ Potentialanalyse, Beihilfethematik und Fördermittel der EU koordinieren.
5. Es wird eine begleitende Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller Fraktionen des Kreistages, der Vorsitzenden des UNK,- WIR- unter Federführung des Hauptausschusses eingerichtet.
Von der Verwaltung sollen der FB IV und der FD 20 beteiligt sein.
6. Als Leitungsgremium ist vorgesehen, den LR einzusetzen und den OB der Stadt Norderstedt sowie den Vorsitzenden des Gemeindetages hinzu zu bitten.
Für alle Positionen wird um Benennung einer Stellvertretung gebeten.
7. Als Projekt Management Office ist die WKS einzusetzen und mit der Projektbearbeitung zu beauftragen.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Barkowsky
CDU Fraktion